

Verkannte Realitäten?

Eine seriöse und durchaus nicht als „links“ einzuordnende deutsche Sonntagszeitung titelte unlängst im Kapitel „Finanzen“ mit der Überschrift „Ein Unmoralisches Angebot“ und zielte damit u.a. auf Kurssteigerungen bei Aktien von Unternehmen der Rüstungsindustrie ab. In der Kurzanündigung des Artikels hieß es überdies: „Die meisten Menschen sympathisieren nicht mit dem Gefährlichen, dem Bösen. Doch wem es nichts ausmacht, mit ethisch nicht korrekten Aktien Geld zu verdienen, der sollte jetzt zugreifen.“

Es soll hier anhand dieses Beispiels die Frage erörtert werden, warum Rüstungsgüter bei uns in Deutschland bisweilen ohne weitere Reflektion mit „dem Bösen“ gleichgesetzt werden. Im Text dieses Artikels wird explizit auf den Zusammenhang zwischen dem Unternehmenserfolg und dem derzeit viel diskutierten Nachholbedarf der Bundeswehr bei ihrer Heeresausrüstung verwiesen; auch dieser Nachholbedarf wird damit als „das Gefährliche, das Böse“ bezeichnet und mit anderen negativ beleumundeten Themen in einen Topf geworfen, mit „Big Tech“, mit „Heuschrecken“-Gewinnen und schließlich auch noch mit Börsengewinnen in autokratisch gelenkten Staaten. Mehr Assoziation von Bundeswehr und Rüstung mit allen möglichen diffus negativ besetzten Begriffen – vermittelt über das Stichwort „Geld machen mit ethisch nicht korrekten Aktien“ – geht wohl kaum noch. Ein Grund dafür, dass dies in einer renommierten Zeitung so breiten Raum erhält, ist die Tatsache, dass dem eine derzeit sehr verbreitete, typisch deutsche Gefühlswelt zugrunde liegt.

In der Neuen Zürcher Zeitung Online vom 6. März 2018 fand sich ein interessanter Artikel unter dem Titel „Deutsche Abneigung gegen die Bundeswehr“ in dem eine in Deutschland diagnostizierte „Form des solitären Pazifismus“ dem nicht zu leugnenden globalen Trend zu „militärischen Muskelspielen“ gegenübergestellt wird. Es zeige sich – so der NZZ-Artikel weiter – in der für Deutschland geradezu identitätsstiftenden Abneigung gegenüber der Bundeswehr, wie wenig das Land bereit sei, seiner Verantwortung gerecht zu werden, die sich aus der Tatsache ergibt, wirtschaftlicher Gigant und Motor der Europäischen Union zu sein. Wesentlicher Grund dafür, dass bei uns in Deutschland kaum jemand die Stimme für die Armee ergreife, sei schlicht Realitätsverweigerung, so die NZZ.

Dies führt in direkter Linie zu den Realitäten und Herausforderungen, denen sich die neue, gerade ins Amt gelangte deutsche Bundesregierung im Bereich der „äußeren“ Sicherheit und Verteidigung in Wirklichkeit gegenüber sieht: Ganz obenan geht es um die Sicherheit unseres Landes und seiner Bewohner, die sich aber nur innerhalb einer komplexen Sicherheits- und Bündnisarchitektur aufrechterhalten und aktiv gestalten lässt. Dazu gehört eine weitere Beteiligung an Einsätzen (siehe die gerade verlängerten Mandate) ebenso wie die Wahrnehmung unserer Rolle in der NATO-Bündnisverteidigung und insbesondere bei der Abschreckung gegenüber einer Bedrohung an der NATO-Ostgrenze. Zugleich gilt es aber auch, eine Erosion der in den letzten Jahrzehnten aufgebauten friedenssichernden Strukturen zu stoppen, etwa ein Herausrufen der Türkei aus der NATO oder einen teilweisen Zerfall der EU aufgrund nationaler Bewegungen in mehreren EU-Ländern (wissend, dass beide Entwicklungen in sich bereits Teil einer verdeckten Aggression sein können). Hinzu kommen ganz neue Bedrohungsszenarien unter dem weiten Begriff „Cyber“, die durch den Einsatz so genannter Künstlicher Intelligenz und selbstlernender Systeme in naher Zukunft noch wesentlich mehr Facetten eröffnen können als sie aus Zeiten klassischer „symmetrischer“ Abschreckung bekannt waren. Angriffe auf die Kernsysteme unserer Zivilgesellschaft in Verbindung mit äußerer Bedrohung müssen als durchaus denkbare Überlagerungs-Szenarien mitgedacht und geplant werden.

Fazit ist, dass das Aufrechterhalten einer jederzeitigen Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit gegenüber solchen hybriden Bedrohungsszenarien in Zukunft eine weitaus größere Herausforderung darstellen wird als bisher gekannt und geplant. Dazu wird nur ein Gemeinwesen in der Lage sein, welches immer über Technologie auf dem neuesten Stand verfügt und in der Lage ist, seine gesamte Systemlandschaft in kurzen Abständen entsprechend „up-zu-daten“. Es ist – trotz des Befundes der NZZ – nur zu hoffen, dass allen Verantwortlichen in Deutschland,



Bundesverband der Deutschen
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

zunehmend aber auch den Medien und der Öffentlichkeit klar wird, welche enormen Anstrengungen von uns als Gesellschaft unternommen werden müssen, um uns auf diese Herausforderungen adäquat einzustellen. Hierzu braucht es nicht nur Geld, sondern auch in reichem Maße technologische Spitzenkompetenz, die in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie vorhanden ist. Dass diese Nachfrage am Ende auch Börsenkurse beeinflusst, ist mitnichten Folge einer Tendenz, mit „ethisch nicht korrekten Aktien Geld verdienen“ zu wollen; es ist Folge aus der durchaus harten Einsicht und Notwendigkeit, heute wieder deutlich mehr in Rüstung investieren zu müssen, als es uns noch vor wenigen Jahren notwendig erschien. Frieden und Freiheit sind nun einmal nicht zum Nulltarif zu haben. Sie erfordern von einer Gesellschaft wie der unseren vermehrte Anstrengungen und Opfer, wenn wir nicht zunehmend mehr unter den Druck fremder, unsere freiheitliche Ordnung bekämpfender Mächte geraten wollen. Aber mit Geld alleine ist es dabei nicht getan; es bedarf – wie es die NZZ richtig analysiert hat – einer kollektiven Einsicht und eines entsprechend breit abgestützten Willens. Hier kommt vor allem auch der deutschen Politik eine wesentliche Rolle zu.

Dr. Hans C. Atzpodien

ist Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.